

THÜRINGEN LIBERAL

MAGAZIN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
AUSGABE 3 | JULI 2010

DER FAIRE SOZIALSTAAT
FDP treibt notwendige Debatte voran

GELUNGENE PREMIERE
Multiplikatorenveranstaltung 2010

RAUS AUS DER SACKGASSE
Für eine sozialliberale Erneuerung



**Wir packen an.
Wir halten Kurs!**

Die FDP vor neuen Herausforderungen.

FDP 
THÜRINGENgerecht

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

oft und viel ist in der Thüringen Liberal über die Bevölkerungsentwicklung berichtet worden. Zahllos sind die Diskussionen hierzu, die Initiativen und Aktivitäten innerhalb unseres Verbandes. In unseren Beschlüssen und Programmen nimmt das Thema Abwanderung seit Jahren eine herausragende Stellung ein. Mit dem schwarz-gelben Koalitionsvertrag ist das Problem der Abwanderung jetzt auch in der Bundespolitik als solches erkannt worden (zugegeben: nicht ohne Zutun der Thüringer FDP).

Dennoch bleibt für mich auch nach einem halben Jahr Bundestag das beklemmende Gefühl, dass – formulieren wir es so – die Sensibilität und die Sprengkraft des Problems im politischen Berlin noch nicht in Gänze angekommen ist. Das kann auch daran liegen, dass manche Regionen in Deutschland von unserer Abwanderung profitieren – ohne es natürlich zu sagen. Zur Abwanderung selbst kommt der demografische Wandel, der die Probleme nochmals verschärft. Insbesondere im Osten Deutschlands ist auf dem Arbeitsmarkt mit einem dramatischen Einbruch in den Ausbildungs-

jahrgängen zu rechnen. Mit Ausnahme von Brandenburg und Berlin wird sich die Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen bereits in den kommenden fünf Jahren nahezu halbieren. Dafür sorgen vor allem der sehr starke Geburtenrückgang kurz nach der friedlichen Revolution und die Abwanderung seitdem.

Darauf hätte die Politik schon längst reagieren müssen. Auf Bundesebene sind erste Schritte getan. Eine 'Zukunftsinitiative Fachkräftesicherung' wird vorrangig zusammen mit den ostdeutschen Ländern, Kammern und Sozialpartnern regionsspezifische Handlungsansätze zur Verbesserung des Fachkräfteangebots entwickeln. Hinzu kommen Verbesserungen bei der Bildung, bei Aus- und Weiterbildung sowie im Hochschulwesen. Das nationale Stipendienprogramm und eine erhebliche Aufstockung der Mittel im Bildungsbereich sind ein Beleg dafür – können aber nicht alles sein.

Die Thüringer FDP hat mit ihrem Landtagswahlprogramm bewiesen, dass sie heute schon an morgen denkt. Hingegen konnte sich die schwarz-rote Landesregierung im Koalitionsvertrag lediglich da-



rauf verständigen, ein 'Fachkräftemonitoring' durchzuführen, sprich dem Mangel an Fachkräften tatenlos zuzusehen. Konkrete Maßnahmen dagegen sucht man bei CDU und SPD vergebens. Dabei müssten jetzt alle politischen Partner zusammenstehen und gute Ideen auch in die Tat umsetzen, denn die Lage wird sich verschärfen. Sowohl die Mittel aus dem Solidarpakt als auch Fördermittel der Europäischen Union laufen bald aus. Dass auch im Bundeshaushalt gespart werden muss, ist uns allen klar; das erschwert die Sache noch zusätzlich.

Das zeigt: Es wird wieder bei der FDP Thüringen liegen, das Thema zurück auf die politische Agenda zu setzen und auf Lösungen zu drängen. Und wir brauchen ein Umdenken in allen neuen Ländern: Mehr Gemeinsamkeit bei der Durchsetzung unserer Interessen!

Herzliche Grüße

Patrick Kurth MdB
Generalsekretär der FDP Thüringen

20 Jahre FDP Thüringen

Sonderausgabe der Thüringen Liberal geplant

Die nächste Ausgabe der Thüringen Liberal soll dem Thema '20 Jahre FDP Thüringen' gewidmet sein und im August erscheinen. Die Redaktion der ThL möchte deshalb noch einmal alle Leser bitten, uns geeignete Zeitdokumente zur Archivierung und Auswertung zur Verfügung zu stellen.

Wie haben Sie den Umbruch und den Neuanfang der Liberalen erlebt? Schildern Sie uns Ihre Erinnerungen an diese spannende Zeit. Senden Sie uns Fotos und Dokumente. 'Es ist Frühling und wir sind so frei' war beispielsweise der Titel eines Wahlplakates, mit dem die Liberalen zur ersten freien Volkskammerwahl

aufriefen. Wer hat noch ein Exemplar in der Garage stehen? Wir freuen uns über alle Ihre Hinweise und Anregungen.

Am 6. August 2010 findet in Weimar anlässlich der zwanzigjährigen Wiederkehr des Vereinigungsparteitages der Li-



beralen in Thüringen eine Feierstunde mit Gästen und Zeitzeugen statt. Zu der Festveranstaltung in der Weimarahalle wird der Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung Wolfgang Gerhardt die Festrede halten. Die Sonderausgabe der ThL soll dazu beitragen, die Parteigeschichte und die Erinnerung an die Anfänge der FDP in Thüringen für künftige Generationen zu wachzuhalten.

Dokumente, Fotos und Erinnerungsstücke aus den letzten 20 Jahren bitten wir, leihweise an die Landesgeschäftsstelle der FDP in Thüringen (Schillerstraße 62, 99096 Erfurt) zu schicken. Für Ihre Unterstützung vorab herzlichen Dank. *red*



Auf dem Weg zum fairen Sozialstaat

Libere treiben notwendige Debatte über Zukunftsfähigkeit des Sozialsystems voran

Die Diskussion um die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaatssystems ist in Gang gekommen. Ein Thesenpapier mit dem Titel 'Aufstiegschancen schaffen – auf dem Weg zum fairen Sozialstaat', erarbeitet von Mitgliedern der FDP-Bundestagsfraktion unter Leitung von Generalsekretär Christian Linder, liegt als Diskussionsgrundlage vor. Es dürfte nicht ganz uninteressant sein, in diesem Zusammenhang eine wichtige gesellschaftliche Norm einer näheren Betrachtung zu unterziehen: die Sozialstaatsmoral. Damit ist der Grad der Inanspruchnahme von Sozialleistungen gemeint und das Verhältnis der Inanspruchnahme zu den tatsächlich vorliegenden Voraussetzungen.

Seit 1981 werden dazu Daten erfasst, die Aufschluss über Veränderungen der Sozialstaatsmoral bei den Bürgern in den untersuchten Ländern geben. Erhoben werden diese Daten in Industrieländern. Aus der Datenanalyse lassen sich drei Feststellungen ableiten:

- Je mehr Wohlfahrt ein Staatssystem anbietet, um so mehr nimmt die Sozialstaatsmoral seiner Bürger ab.
- Menschen, die vor dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats sozialisiert wurden, haben eine höhere Moral als Menschen späterer Jahrgänge.
- Eine steigende Arbeitslosigkeit wirkt sich negativ auf die gesellschaftliche Moral aus.

Die ersten staatlichen Sozialleistungen wurden eingeführt, um vorübergehende, meist unverschuldete Notlagen überbrü-

cken zu helfen. Oft hatten die Betroffenen Hemmungen, Wohlfahrtsleistungen in Anspruch zu nehmen. Der Versuch, soziale Notlagen innerhalb der Familienbünde auszugleichen, überwog. Mit fortschreitendem Ausbau des Sozialstaates begann sich der rechtliche Anspruch als Motiv für die Anspruchnahme der Leistungen durchzusetzen.

Auch die Fälle, in denen Menschen mit manipulierten Fakten den Genuss von Leistungen zu erreichen versuchten, nahmen in der Folgezeit zu; die Hemm-

schwelle zum Schummeln ist gesunken. Familien, die ihre Kinder unter Inanspruchnahme von Sozialtransferleistungen aufgezogen haben, gelingt es kaum, den Kindern Werte wie Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft zu vermitteln. In den letzten Jahren ist der Begriff 'harten' als Antwort auf die Frage nach Berufs- und Lebenszielen bei Jugendlichen aufgekommen. In manchen Fällen ist die Suche nach Möglichkeiten zum Bezug staatlicher Mittel zum Lebenszweck geworden.

Menschen früherer Jahrgänge haben eine geringere Neigung, soziale Leistungen in Anspruch zu nehmen. Auch die Akzeptanz des unlauteren Transferbezugs hat sich verändert: Bei Menschen, die 2001 50 Jahre alt waren, war sie fast doppelt so hoch wie bei Menschen, die zwanzig Jahre zuvor, also 1981, 50 Jahre alt waren.

Es liegen aber auch weitere Ergebnisse aus Vergleichen nach verschiedenen sozialen Parametern vor: So haben Frauen eine höhere Sozialstaatsmoral als Männer. Menschen, die einer Religionsgemeinschaft angehören, neigen eher weniger dazu, staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, als Atheisten. Bei Verheirateten ist die Versuchung, den Lebensunterhalt mit Wohlfahrtsleistungen zu ergänzen, nicht so ausgeprägt wie bei Alleinstehenden. Bezieher hoher Einkommen neigen weniger dazu, staatliche Transferleistun-

» Es ist unpopulär, diese Zusammenhänge anzusprechen oder gar öffentlich zu diskutieren «

gen in Anspruch zu nehmen, als Personen mit niedrigerem Einkommen – obwohl es auch Fälle gab, in denen Vermögensmillionäre Sozialleistungen bezogen haben.

Für viele sind diese Feststellungen nicht überraschend. Aber es ist unpopulär, diese Zusammenhänge anzusprechen oder gar öffentlich zu diskutieren. Allerdings sollte die Politik diese Erscheinungen nicht länger ignorieren. Denn so lautet die Erkenntnis aus diesen Untersuchungen: Ein hohes Niveau von Wohlfahrtsleistungen eines Staatswesens führt zum Absinken seiner gesellschaftlichen Moral. Der Ausbau des Sozialstaats verzerrt den Anreiz zur wirtschaftlichen Leistungsbereitschaft. Und das trifft – von landesspezifischen Besonderheiten, die sich aus den unterschiedlichen Transfersystemen ableiten, einmal abgesehen – auf jedes der untersuchten Länder zu.

Ingo Reimann



Neustart & Herausforderung

Interview mit der neuen FDP-Landesgeschäftsführerin Heike von Sternfeld

Heike von Sternfeld ist seit 10. März 2010 Landesgeschäftsführerin der FDP in Thüringen. In der Landespartei ist sie seit längerem als 'das Gesicht der Landesgeschäftsstelle' bekannt, denn bereits seit Juni 2007 war sie als Assistentin der Geschäftsführung tätig. Nach der einstimmigen Wahl durch den Landesparteirat führte Klaus-Dieter Landgraf für die ThL das nachfolgende Gespräch:

ThL: Herzlichen Glückwunsch zur neuen Funktion, Frau von Sternfeld.

Heike von Sternfeld: Danke. Ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen und mich sowohl bei den Mitgliedern des Landesvorstandes als auch bei den Delegierten des Landesparteirates der Thüringer FDP für ihr Vertrauen noch einmal recht herzlich bedanken.

ThL: Wie sind Sie eigentlich zur Politik und zur FDP gekommen?

Von Sternfeld: Politisch interessiert bin ich schon lange, sicher auch etwas mehr als 'Otto Normalverbraucher'. Mein Interesse galt schon immer der liberalen Politik, allerdings war ich damals noch nicht Mitglied der FDP. Vor einigen Jahren wollte ich meiner beruflichen Entwicklung noch einmal eine neue Richtung geben. Beim Lesen der Stellenanzeigen in der örtlichen Presse bin ich dann auf die An-

zeige der FDP gestoßen. Arbeiten bei der FDP – das konnte ich mir gut vorstellen. Also habe ich mich beworben.

Wenig später erhielt ich die Einladung zum Vorstellungsgespräch. Uwe Barth, Franka Hitzing und Patrick Kurth führten das Gespräch mit mir, und rückblickend kann ich sagen, es war eine überaus sympathische Atmosphäre. Schon in Vorbereitung dieses Gesprächs hatte ich mich gründlich mit dem Landesverband beschäftigt, denn mein Ehrgeiz, diese Stelle zu bekommen, war geweckt. Diese Vorbe-

ereitung hatte den positiven Nebeneffekt, dass ich die Eckpunkte meiner Arbeit bereits vor Antritt der Stelle kannte.

ThL: Wie haben Sie sich Ihre neue Aufgabe vorgestellt?

Von Sternfeld: Ich kenne den FDP-Landesverband nun schon fast drei Jahre lang. Von Anfang an habe ich ein sehr gutes Verhältnis zur FDP, besonders natürlich zu den Thüringer Liberalen. Im Jahr 2007 konnte ich nicht einschätzen, ob die Entscheidung, ein 16-jähriges Arbeitsverhältnis für die FDP aufzugeben, die richtige war. Aber Uwe Barth und Patrick Kurth

haben mir von Beginn an ihr Vertrauen bewiesen und mir wichtige Aufgaben in der Landesgeschäftsstelle übertragen. Deshalb wusste ich auch recht genau, welche Aufgaben mit der Position der Landesgeschäftsführerin verbunden sind. Neu ist für mich hingegen die damit verbundene Verantwortung, aber ich freue mich über das Vertrauen, das in mich gesetzt wurde. Beidem möchte ich unbedingt gerecht werden.

ThL: Welche Erwartungen haben Sie?

Von Sternfeld: Ich erwarte, dass sich der Landesverband weiter fortentwickelt. Damit meine ich nicht nur, dass es uns gelingen muss, neue Freunde der Freiheit zu gewinnen und die Beitragsmoral der bisherigen Mitglieder zu steigern, damit meine ich auch die inhaltliche Weiterentwicklung. Die Themen, für die die FDP Thüringen steht, müssen weiter ausgebaut werden. Wir müssen für unsere Mitglieder, vor allem aber für die Wählerinnen und Wähler erkennbar bleiben.

Ein erkennbares Profil braucht nicht nur die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, sondern auch der Landesverband. Unsere Stärken gerade im Bereich der Wirtschafts- und Bildungspolitik müssen auch außerhalb des Landesverbandes noch mehr wahrnehmbar sein. Beste Voraussetzungen hierfür haben wir mit den erfolgreichen Wahlen im letzten Sommer geschaffen. Nun heißt es, die Zeit bis zu den nächsten Wahlen zu nutzen, um das Profil der Thüringer FDP weiter zu schärfen.

ThL: Wie sehen Sie Ihre Aufgaben für die Zukunft?

» Wir müssen für unsere Mitglieder, vor allem aber für die Wählerinnen und Wähler erkennbar bleiben «

Von Sternfeld: Die wichtigsten Aufgaben liegen aus meiner Sicht darin, Bindeglied zwischen dem Landesverband und der Landtagsfraktion, den Bundestagsabgeordneten, den Kreis- und Ortsverbänden bis hin zum Basismitglied zu sein. Ich sehe uns als Kommunikationszentrale und als Dienstleister. Ich möchte, dass jedes Mitglied sich ernsthaft an der liberalen Politik beteiligen kann. Aber auch Verbände, Vereine, Institutionen und die Bürgerinnen und Bürger möchte ich im Rahmen meiner Möglichkeiten in die parteipolitische Kommunikation einbinden. *kdI*

Gelbe Sonne – blauer Himmel

Gelungene Premiere der ‘Sommerlichen Multiplikatorenveranstaltung’

‘Gelbe Sonne – blauer Himmel’: Liberales Wetter hatte sich Fraktionsgeschäftsführer Dr. Carsten Klein zur Premiere der ‘Sommerlichen Multiplikatorenveranstaltung’ der FDP-Landtagsfraktion gewünscht und es klappte: 283 Tage nach der Wahl und 1.544 Tage vor der Wahl trafen sich die Landtagsabgeordneten mit ihren Gästen aus Politik, Wirtschaft und den Medien am 09. Juni zum Gespräch in der Abendsonne.

‘Kommunikation’ stand auch im Mittelpunkt der ‘offenen Fraktion’, zu der bereits am Nachmittag rund 300 Gäste die Möglichkeit nutzten, Abgeordnetenbüros zu besichtigen und sich bei den Abgeordneten und den Referenten über die Arbeit zu informieren. Pressesprecher Jens Panse konnten sie beim Schreiben einer aktuellen Pressemitteilung zu den Opel-Staatshilfen über die Schulter schauen,

bei zahlreichen ‘Mitmachaktionen’ waren sie selbst aktiv. „Intensive und anregende Gespräche“ konnte dann auch erfreut der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth in seiner Begrüßung zum zweiten Teil der Veranstaltung konstatieren.

Auf der Bühne im Landtagsinnenhof versammelte sich die komplette Fraktion, um den Gästen und Organisatoren zu danken. Besonders im Blick hatte Uwe Barth dabei die liberalen Bürgermeister und die eingeladenen, gerade neu gewählten Amtsträger. Er freute sich aber auch, dass Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU), ihr Stellvertreter Heiko Genzel (SPD) und CDU-Fraktionschef Mike Mohring ebenso wie Landesfunkhausdirektor Werner Dieste und Rechnungshofpräsident Hans Walter Sebastian Dette gekommen waren. Aus dem Nachbarland Sachsen-Anhalt war FDP-Fraktionschef Veit Wolpert an-

gereist, und sogar aus Mecklenburg-Vorpommern gab es Besucher. Vertreter der Landtagsverwaltung und der Ministerien, von Unternehmen und der Bundeswehr komplettierten die Gästeliste.

Die Band Hot Strings aus Weimar sorgte für eine angenehme Umrahmung. Der Kabarettist Arnd Vogel aus Jena unterhielt das Publikum auf humorvolle Weise. Zu späterer Stunde erfolgte die Übergabe der Preise und Blumen an die Gewinner des Politik-Quiz von der Thüringen Ausstellung. Der abschließende Dank für ihren Beitrag zu einem gelungenen Abend ging an die Firmen Jembopark Catering, die Fleischerei Zitzmann und die Brauereien Watzdorfer und Braugold.

Ebenfalls erfreulich übrigens: Bis zum mitternächtlichen offiziellen Abschluss der Veranstaltung war kein Besucher in den ‘Entenpool’ des Landtages gefallen.

IMPRESSIONEN VON DER ‘SOMMERLICHEN MULTIPLIKATORENVERANSTALTUNG’



Fotos: Antje Kaunzner

Erinnerung an den Widerstand in der DDR

Liberales Forum Westthüringen nimmt mit erstem Projekt seine Arbeit auf

Mit der Lesung 'Die Schuld der Mitläufer' nahm am 17. Mai 2010 das Liberale Forum Westthüringen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit seine Arbeit auf. Das Liberale Forum in Eisenach wird in einer Thüringer Region eingerichtet, deren liberale Wurzeln auf eine lange Tradition, bis zur Gründung des Deutschen Nationalvereins, zurückgehen. Mit der Aufgabe des Forenleiters wurde der Wutha-Farnrodaer Unternehmer Sebastian

Honecker und Mielke gedacht werde: „Was wäre die DDR ohne die tausend kleinen Rädchen gewesen, die für das Funktionieren notwendig waren?“ Und doch ist sein Buch keine schonungslose Abrechnung mit den Mitläufern, malt nicht in Schwarz-Weiß, wie es der Titel vermuten lässt.

Neben bekannten Autoren wie Wolf Biermann, Freya Klier und Lutz Rathenow kommen auch zehn 'normale Bürger' zu

Zivilcourage. „Die Nein-Sager, die durch ihr Handeln keine Strafe durch das SED-Regime hätten fürchten müssen, hat es zu wenig gegeben“, betonte Grafe. Damit fordert er aber kein Sittenbild in aller Deutlichkeit ein. „Auch ich war kein lupenreiner Widerständler“, oder: „Ich war nicht immer nur der Drachentöter.“

Wenn Biermann dies in seinen Zeilen schreibt, lässt sich mehr als nur erahnen, in welcher inneren Zerrissenheit sich die Menschen in der DDR befunden haben. Diese Zerrissenheit beschreibt auch das Kapitel von Lutz Rathenow unter dem Titel 'Warum kam ich an die Grenze? Weil ich dahin wollte!' Er erzählt davon, nicht als Arbeiter oder Soldat enden zu wollen. Aber auch davon, dass auf Grenzverletzer, die aus Richtung Westen kamen, nicht geschossen werden durfte, von der Angst im Grenzdienst und von flüchtenden russischen Soldaten. In 'Krummer Mut' erzählt Fritz J. Raddatz über sein „Versagen als Bürger der DDR“ und Ulrike Lieberknecht schreibt ihre 'Erinnerungen ans Anderssein'.

Es sind alles sehr persönliche Geschichten, die gerade der nachwachsenden Generation zu empfehlen sind. Denn Roman Grafe befürchtet, dass diese Geschichten in Vergessenheit geraten könnten. Grund dazu hat er: Die Kultusministerkonferenz hat es Anfang der 90er-Jahre den Schulen freigestellt, die DDR-Geschichte unter den Tisch fallen zu lassen. „Und viele Lehrer lassen diesen Stoff ganz einfach weg“, so Grafes Erfahrung an Schulen. „Da wundert es nicht, dass die Linkspartei heute gerade bei jungen Menschen so erfolgreich auf Dummenfang gehen kann“, resümierte er abschließend. „Wir sind schuld an unserer Unschuld“ lautet ein Gedicht des im Mai 2009 verstorbenen Greizer Lyrikers Günther Ullmann in Roman Grafes Sammelband. Es sollte als Mahnung verstanden werden. *pur*

» Die Nein-Sager, die durch ihr Handeln keine Strafe hätten fürchten müssen, hat es zu wenig gegeben «

Koch betraut. Er wird Veranstaltungen im Rahmen der liberalen politischen Erwachsenenbildung konzipieren, vor Ort organisieren und durchführen. Neben Eisenach gehören der Wartburgkreis sowie der Unstrut-Hainich-Kreis zu seinem Verantwortungsbereich.

Für das erste Projekt in Eisenach konnte Roman Grafe, der Herausgeber des Buches 'Die Schuld der Mitläufer', gewonnen werden. Der Sammelband mit 22 Beiträgen stellt die Erinnerung an den Widerstand in der DDR in den Mittelpunkt. In seinem Vortrag beanstandete Roman Grafe gleich zu Beginn, dass bei der Schuldfrage zunächst immer an die verantwortlichen Funktionsträger wie

Wort. Nicht ohne Grund stellt Grafe Wolf Biermanns Geschichte 'Buntes Grau' an den Anfang. „Wie feige darf man, wie mutig muss man als Schriftsteller sein?“, fragt Biermann in seinem Beitrag und hinterfragt damit kritisch auch solche mehrdeutigen Wortschöpfungen wie „gemütliche Knechtschaft“. Der Weg zu Günter Grass' „kommoder Diktatur“ ist da nicht weit. Nicht nur an dieser Stelle zeigt sich die persönliche Haltung der Autoren. Die oft geforderte Nuancierung wird der individuellen Verantwortung gegenübergestellt. Sei es das mangelhafte Verantwortungsbewusstsein der egoistischen Karrieristen oder das der dumpfen Kleinbürger – dem gegenüber steht die



Sebastian Koch (rechts) vom Liberalen Forum Westthüringen begrüßt den Autor Roman Grafe in Eisenach.

**DIE SCHULD DER MITLÄUFER
ANPASSEN ODER WIDERSTEHEN IN DER DDR**
Roman Grafe | Herausgeber
Paperback | Klappenbroschur mit 208 Seiten
Verlag: Pantheon | ISBN: 978-3-570-55106-6



Raus aus der Sackgasse

Für eine sozialliberale Erneuerung

‘Wie hältst du es mit der SPD?’ Diese Frage dürfte in Thüringen unter Liberalen wohl auf derart entsetzte Gesichter treffen, dass sie hierzulande sicherlich keine Gretchenfrage ist. SPD? Sozialisten? Niemals! Wie schnell diese Auffassung unter dem Druck der Wirklichkeit ins Wanken geraten kann, zeigt das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen. Plötzlich wird das Erfolgsrezept der Vergangenheit, sich allein auf Koalitionen mit einer einzigen anderen Partei zu beschränken, zum Klotz am Bein. Immer bizarrer erscheint es nun auch für Außenstehende, dass sich ausgerechnet die Partei der Freiheit wie keine andere selbst fesselt. Dabei gibt es dafür überhaupt keine Notwendigkeit!

Sind sich SPD und FDP in Thüringen näher als gedacht? Unsere Suche nach der Auflösung der Selbstfesselung soll in Thüringen beginnen. Wagen wir den Versuch, die sogenannten ‘Lager’-Grenzen zu verlassen und legen einmal ohne Vorbehalte die Landtagswahlprogramme von SPD und FDP nebeneinander. Wahlprogramme sind für einen Vergleich gut geeignet, weil sie die politische Agenda der Parteien jenseits der aufgeheizten medialen Schlagworte zusammenfassen. Und siehe da: In vielen Punkten werden erstaunlich große Gemeinsamkeiten zwischen Liberalen und Sozialdemokraten deutlich. Nur einige wenige Beispiele, hier aus dem Bereich der Bildungs- und Familienpolitik:

- **Frühkindliche Bildung:** Akademische Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, Personalaufstockung im Betreuungsbereich, schrittweise kostenlose Betreuung, längere und flexiblere Öffnungszeiten für Kindertagesstätten.
- **Schulpolitik:** Längeres gemeinsames Lernen (zumindest) bis Klasse 6, nationale Bildungsstandards, mehr finanzielle und personelle Eigenverantwortung bei den Schulen.
- **Berufliche Bildung:** Stärkere Verknüpfung von Betrieb und Schule, berufliche Abschlüsse für den Hochschulzugang öffnen.
- **Familienpolitik:** Abschaffung des Landeserziehungsgeldes, Auflösung der Stiftung Familiensinn, Beförderung eines offenen Familienbildes.

» Wir müssen unsere ideologischen Scheuklappen ablegen «

Interessant nun: Die CDU lehnt den Großteil dieser liberalen Ideen ab. Zugespitzt kann das nur heißen: Vom ganzheitlichen Liberalismus ist der Konservatismus genauso weit entfernt wie die Sozialdemokratie. Auch die politischen Grundlinien verlaufen ideengeschichtlich zwischen diesen drei Polen und nicht zwischen

einem ‘bürgerlichen’ und einem ‘linken’ Lager. Was Liberale und Konservative im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik verbinden mag, trennt sie von Sozialdemokraten.

Leider wird häufig vergessen, dass dies für zentrale gesellschaftspolitische Fragen nahezu umgekehrt gilt: Wie mit der CDU die Wehrpflicht abschaffen? Wie direktdemokratische Elemente stärken? Wie die Bildung aus Sparplänen ausklammern? Wie endlich wieder Bürgerrechte und weniger Überwachungsstaat durchsetzen? Wie die immer noch andauernde Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften aufheben? Wie ein modernes Zuwanderungsrecht schaffen? Gerade für junge Menschen spielen diese gesellschaftspolitischen Fragen eine zunehmend bedeutende Rolle, die mit Konservativen kaum umsetzbar sind. Hierfür braucht es eine sozialliberale Erneuerung!

Um nicht missverstanden zu werden: Niemand will die schwarz-gelbe Koalition in Berlin infrage stellen. Die Suche nach künftigen Alternativen ist aber legitim und angesichts des dauerhaften Koalitionsstreits aufgrund schwerer inhaltlicher Unterschiede von Union und FDP, die auf Landesebene nicht minder vorhanden sind, nicht unbegründet. Es ist Zeit, alte ideologische Scheuklappen abzulegen. Allein der Versuch könnte reizvoll und lohnend sein.

Felix Rösel



Patrick Kurth MdB im Deutschen Bundestag

Stiftung 'Flucht, Vertreibung, Versöhnung'

Patrick Kurth MdB: „Grundstein für erfolgreiche Arbeit gelegt“

Es war vor einem halben Jahr der erste Wirbel in der neuen Bundesregierung. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) avisierte unter bestimmten Umständen (Stichwort: Erika Steinbach) sein Veto für die Besetzung der Stiftung 'Flucht, Vertreibung, Versöhnung'. Jetzt hat der Bundestag die Änderung des Stiftungsgesetzes verabschiedet. Die Debatte fand damit gewissermaßen ihren gesetzgeberischen Abschluss. Der Thüringer Bundestagsabgeordnete Patrick Kurth leistete dabei für die FDP bei allen Lesungen der Gesetzesänderung die Plenarbeiträge, so auch bei der abschließenden Beratung des Änderungs-

gesetzes. Zugleich soll die Stätte zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte und zur Versöhnung beitragen. Auch die FDP hatte in ihrer Oppositionszeit dem Gesetz zugestimmt.

Die Arbeit der 'Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung', die übrigens in der Trägerschaft der Stiftung 'Deutsches Historisches Museum' steht, wird durch einen Stiftungsrat überwacht. In einem wissenschaftlichen Beirat ist eine dauerhafte Beteiligung auch ausländischer Experten, insbesondere aus den Nachbarstaaten, vorgesehen. Der 'geerbte' Konflikt ergab sich durch die personelle Zusam-

menstellung des Stiftungsrates. Neben Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung, Vertretern der Kirchen und dem Zentralrat der Juden hat auch der Bund der Vertriebenen Sitze in diesem Stiftungsrat. Der BdV hatte dafür unter anderem seine umstrittene Präsidentin Erika Steinbach (CDU) nominiert. Außenminister Westerwelle hatte indes mehrfach erklärt, er werde alles unterlassen, was das deutsche Verhältnis zu Polen belasten würde.

von Aufarbeitungsarbeit und Zukunftsgewandtheit. Wir müssen das geschehene Unrecht aufarbeiten, um in erster Linie sicherzustellen, dass wir für künftige Zeiten in so einer Frage urteilsfähig bleiben. Die Sensibilisierung künftiger Generationen für das Geschehene sehe ich als eines der Hauptziele der Stiftungsarbeit", sagte Kurth. Für die FDP-Fraktion war es ebenfalls wichtig, dass mit Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der lähmende Schwebezustand bei der Stiftung beendet werden konnte. Damit wurde die Stiftung auf verlässliche Beine gestellt und die Gefahr gebannt, dass Wissenschaftler mit internationalem Renommee von der Mitarbeit im wissenschaftlichen Beirat abgeschreckt werden.

» Die Sensibilisierung künftiger Generationen für das Geschehene sehe ich als Hauptziel der Stiftung «

menstellung des Stiftungsrates. Neben Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung, Vertretern der Kirchen und dem Zentralrat der Juden hat auch der Bund der Vertriebenen Sitze in diesem Stiftungsrat. Der BdV hatte dafür unter anderem seine umstrittene Präsidentin Erika Steinbach (CDU) nominiert. Außenminister Westerwelle hatte indes mehrfach erklärt, er werde alles unterlassen, was das deutsche Verhältnis zu Polen belasten würde.

Die Auseinandersetzung um die Besetzung des Stiftungsrates hatte die christlich-liberale Koalition von der Großen Koalition gewissermaßen 'geerbt'. Als sichtbares Zeichen zur Erinnerung an das Unrecht von Vertreibung und um Vertreibung für immer zu ächten, soll eine Ausstellungs- und Dokumentationsstätte in Berlin errichtet werden. Die Dokumentationsstätte soll Erinnerung und Gedenken an das 'Jahrhundert der Vertreibung' und das damit verbundene tiefe menschliche Leid wach halten, die junge Generation an das Thema heranzuführen und seine aktuelle Dimension ver-

mentzung des Stiftungsrates. Neben Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung, Vertretern der Kirchen und dem Zentralrat der Juden hat auch der Bund der Vertriebenen Sitze in diesem Stiftungsrat. Der BdV hatte dafür unter anderem seine umstrittene Präsidentin Erika Steinbach (CDU) nominiert. Außenminister Westerwelle hatte indes mehrfach erklärt, er werde alles unterlassen, was das deutsche Verhältnis zu Polen belasten würde.

In seiner Bundestagsrede ging Patrick Kurth vor allem auf den ursprünglichen Auftrag der Stiftung ein: „Mir ist es außerordentlich wichtig, dass wir wieder in den Vordergrund rücken, um was es bei der Stiftung eigentlich geht: die Verbindung

Die abschließende Debatte übrigens fand in der 'Euro-Rettungswoche' statt. Der Tagesordnungspunkt verschob sich deshalb innerhalb weniger Stunden beständig. Von der ursprünglich auf 19.40 Uhr angesetzten Terminierung konnte bald keine Rede mehr sein. Pessimistischste Berechnungen sahen die Behandlung des Punktes für 00.25 Uhr voraus. Letztlich allerdings trat Kurth kurz nach 22.00 Uhr ans Pult und eröffnete mit den Worten: „Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Besuchertribüne! Herzlich begrüße ich – das sei mir erlaubt – meine Eltern an diesem späten Abend.“ Das Protokoll vermerkt dazu: „(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Wolfgang Bönnsen [Bönstrup][CDU/CSU]: 'Guter Junge! Gut erzogen!')“ *ms*

Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker wählen neuen Landesvorstand

Dirk Bergner MdL als Landesvorsitzender im Amt bestätigt

Turnusmäßig wählten am 4. Juni die Mitglieder der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) ihren Landesvorstand neu. Als Landesvorsitzender bestätigt wurde der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Dirk Bergner, der bereits seit 2004 der VLK Thüringen vorsteht. Der 45-jährige Bauingenieur ist seit 16 Jahren ehrenamtlich kommunalpolitisch aktiv und gehört seit 2009 dem Thüringer Landtag an.

Stellvertretender Landesvorsitzender wurde wiederum Norbert Ortloff. Der Rothensteiner wurde nach der Wende der erste frei gewählte Bürgermeister seiner Heimatgemeinde und wechselte später in das Bauamt der VG Südliches Saaletal. Schatzmeister wurde der Vorsitzende der Greizer FDP-Kreistagsfraktion, Jens Zimmer. Als Beisitzer gehören dem neuen VLK-Vorstand der Landtagsabgeordnete Marian Koppe, Herbert Bernhardt (Bürgermeister a. D. der Stadt Schkölen), Viola Schwedler (VG Kölleda) und der Mörsdorfer Bürgermeister Hans-Jürgen Lehmann an.

Inhaltlich diskutierten die liberalen Kommunalpolitiker mit der Jenaer Rechtsanwältin Kraft-Zörcher über Fragen des Beitragsrechts sowie mit dem

Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Jena, Dr. Peter Röhlinger, über die erforderliche Reform der Kommunalfinanzen.

Insbesondere die Gewerbesteuer steht dabei wegen ihrer Unzuverlässigkeit als Einnahmequelle bei den Liberalen in der Kritik: „Das Problem besteht darin, dass die Gewerbesteuer überhaupt nicht kalkulierbar ist. Zwei, drei Jahre läuft's mal gut, und im Folgejahr bricht

» Am Ende müssen stabile Einnahmen für die Städte und Gemeinden herauskommen «

bei ein paar Unternehmen die Auftragslage ein.“, skizziert Dirk Bergner MdL die Lage. In der Folge brächen nicht bloß die Einnahmen zusammen, sondern häufig müssten Gemeinden dann auch unerwartet erhebliche Beträge zurückzahlen. „Ebenso passiert es regelmäßig, dass Firmen ihre Sitze verlagern. Regelrecht 'über Nacht' bricht dann eine wesentliche Einnahmequelle weg.“

Deshalb sei es richtig, so VLK-Chef Dirk Bergner, dass die FDP-Bundestagsfraktion weiter am Ball bleibe und sich für die Ausgestaltung einer tragfähigen Reform der Kommunalfinanzen einsetze: „Am Ende müssen stabile Einnahmen für die Städte und Gemeinden herauskommen. Das ist besser, als visionslos an einer Steuer festzuhalten, die sich als unzuverlässig erwiesen hat.“ *red*



Dirk Bergner bei einer Rede im Thüringer Landtag.

Kommunalwahl 2010

FDP bringt mehr Kandidaten durch als Linke

Am 6. Juni 2010 wurden in den meisten kreisangehörigen Thüringer Gemeinden die ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt. Mehr als 14 Liberale werden in den kommenden fünf Jahren ehrenamtlich einer Gemeinde vorstehen. Damit hat die FDP mehr Bürgermeisterkandidaten durchgebracht als die Linkspartei.

Am spannendsten gestaltete sich die Wahl in Hohenleuben. Hier konnte sich am Ende der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, Dirk

Bergner, mit einer Stimme Vorsprung gegen seine Mitbewerberin durchsetzen.

Die weiteren liberalen Bürgermeister in alphabetischer Reihenfolge sind: Dieter Fröhlich (Wernburg, 99,2 Prozent), Siegfried Gräbdüchel (Osthausen-Wülfershausen, 100 Prozent), Heinz-Jürgen Heitsch (Göllnitz, 100 Prozent), Rolf Hermann (Löbichau, 96,6 Prozent), Norbert Kresse (Buttstädt, 92,3 Prozent), Hans-Jürgen Lehmann (Mörsdorf, 99,3 Prozent), Fred Leise (Ebenshausen, 85,7 Pro-

zent), Peter Liebe (Gebesee, 70,6 Prozent), Jürgen List (Schwerstedt, 52,8 Prozent), Ralf Matthes (Diedorf/Rhön, 96,2 Prozent), Jürgen Meinhardt (Rattelsdorf, 96 Prozent), Karl Ose (Badra, 70,5 Prozent), Lothar Schlag (Silbitz, 96,8 Prozent) und Wolf-Ludger Schlotzhauer (Kranichfeld, 42,3 Prozent).

Das gesamte Team der Thüringen Liberal gratuliert allen neu gewählten Bürgermeistern recht herzlich und wünscht eine erfolgreiche Amtszeit. *ms*

Gute Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Partei

Zur Arbeit der LFA nach dem Wiedereinzug in den Landtag

In den Landesfachausschüssen (LFA) des Landesverbandes kann jedes FDP-Mitglied, neben der ehrenamtlichen Parteiarbeit vor Ort, an der programmatischen Gestaltung der Partei mitwirken. Die Fachausschüsse werden vom Landesvorstand eingesetzt und jeweils von einem Mitglied des Vorstandes betreut. Die LFA beschäftigen sich mit der Entwicklung von thematischen Aussagen, werden aus eigener Initiative tätig, unterstützen sachkundig und beraten den Landesvorstand und die Landtagsfraktion.

Mit der Etablierung der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag hat sich auch einiges für die programmatische Arbeit der Partei geändert. Neben den Landesfachausschüssen kümmern sich jetzt auch die Abgeordneten in den jeweiligen Fraktionsarbeitskreisen um die programmatische

Fortentwicklung liberaler Politik in Thüringen. Es gilt, bestehende Positionen im Licht aktueller Entwicklungen zu überprüfen und gegebenenfalls neue Lösungen zu unterbreiten. Jetzt stehen Parteimitgliedern und Bürgern konkrete Ansprechpartner in der FDP-Fraktion zur Verfügung.

DIE LFA IM ÜBERBLICK

LFA 1 | Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst

LFA 2 | Innen, Justiz, Bund, Europa

LFA 3 | Wirtschaft

LFA 4 | Gesundheit, Familie, Gleichstellung und Soziales

LFA 5 | Haushalt und Finanzen

LFA 6 | Internationale Politik

LFA 7 | Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

Davon kann auch die Arbeit der LFA profitieren. Auf den Sitzungen der Ausschüsse können Politiker zu politischen Themen vortragen, aber auch Anregungen und Vorschläge für ihre parlamentarische Arbeit mitnehmen. Dazu ist es wichtig, dass die Termine frühzeitig untereinander kommuniziert werden, denn eins ist klar: Die Kalender der Abgeordneten sind nicht leerer geworden. Bei der parlamentarischen Arbeit werden die Abgeordneten durch Fachreferenten unterstützt. Sollte einmal der Abgeordnete selbst für einen Termin keine Zeit haben, so stehen auch die Referenten für Vorträge und Veranstaltungen zur Verfügung.

Sie wollen in einem LFA mitarbeiten? Eine E-Mail an thueringen@fdp.de oder ein Anruf in der Landesgeschäftsstelle genügt und Sie werden eingeladen. *red*

Alles neu macht der Mai

Neue FDP-Landesgeschäftsstelle feierlich eröffnet

Über 70 Gäste fanden Anfang Mai den Weg zur feierlichen Eröffnung der neuen FDP-Landesgeschäftsstelle in der Schillerstraße 62 in Erfurt. „Wir wollen uns mit dieser kleinen Feier insbesondere bei all den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bedanken, die uns beim Umzug Anfang des Jahres so tatkräftig zur Hand

gegangen sind“, erklärte die neue Landesgeschäftsführerin der FDP-Thüringen, Heike von Sternfeld.

Landeschef Uwe Barth freute sich über die zahlreich erschienenen Gäste und betonte in seiner kurzen Ansprache die wichtige Rolle der Landesgeschäftsstelle als Kommunikationszentrum der Partei.



Uwe Barth und Heike von Sternfeld bei der Eröffnung.

GEBURTSTAGE & JÜNGSTE EINTRITTE IN DIE FDP THÜRINGEN

THL GRATULIERT ZUM GEBURTSTAG Hans-Joachim Beutel (75), Manfred Böhm (75), Gerhard Richter (75), Hans Schleusner (70), Harald Carius (70), H.-Jürgen Heitsch (65), Peter Beyreuther (65), Almut Haßler (65), Klaus-Dieter Schwarz (65), Gerhard Zinner (60), Detlef Oberländer (60), Hans-Joachim Hanner (60), Gerhard Möller (60), Ronald Escher (60), Petra Schröder (55), Knut Mühlhausen (55), Gabriele Gerhardt (55), Thomas Wiegand (55), Dieter Hein (55), Maria-Elisabeth Grosse (55), Dirk Schumann (50), Jörg Opitz (50), Roland Graßme (45), Jürgen Leybold (45), Ute Salzer (45), Sven Kühne (45), Carsten Labsch (45), Christian Wolf (40), Birgit Tremel (40), Dirk Heinze (40), Kai M. Lickfett (40), Marcus Kankeleit (40), Matthias Daumann (35), Astrid Heitsch (35), Jan Keller (30), Thomas Haun (30), Anja Kolbe (30), Andreas Schuler (30), Marcus Feustel (25), Marcel Pfleger (25)

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE AUCH AN Arno Bauer, Doris Klein, Helge Lange, Franz Göhring, Horst Schau, Ingo Leidner, Horst Rodegast, Erich Bahner, Wilhelm Steigleder, Heinz Hoppe, Helmut Deubner, Gerhard Tenner, Herbert von Schlotheim-Reinbrecht, Prof. Wilhelm Schellenberg, Eberhardt Grobe, Ronald Hanß, Klaus-Dieter Landgraf, Alf-Heinz Borchardt, Wilhelm Wüstner, Veronika Natusch, Eva Munder, Kathi Köberich, Uwe Barth, Marian Koppe, Lutz Recknagel, Jens Panse, Ben Guttmacher, Falk Nerger, Steffi Rahmig-Dodel, Doreen Hammer, Astrid Heitsch, Wolf Karl Dietrich von Laer – sowie allen anderen Geburtstagskindern, die aus Platzgründen nicht aufgeführt sind.

JÜNGSTE EINTRITTE IN DIE FDP THÜRINGEN Steffen Geyer, Alexander Kinias, Mario Strech, Martin Müller, Frederic Laqua, Martin Mölders, Svea Wolf

AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Stunde Null der 'Vereinigten Staaten von Europa'

HOLGER KRAHMER MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS



WWW.HOLGER-KRAEMER.DE

Am Morgen des 10. Mai dieses Jahres sind die Bürger in einem neuen Europa aufgewacht. Die meisten von ihnen werden sich dessen nicht bewusst gewesen sein. Der an diesem Wochenende tagende Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs hat Europa mehr verändert als 15 Jahre Diskussion über eine europäische Verfassung. Mit dem Euro-Rettungspaket wurden Integrationschritte vollzogen, die vertraglich weder vereinbart noch gewollt waren.

Den an den Finanzmärkten aufkommenden Zweifeln an der Kreditwürdigkeit einiger Euro-Staaten begegneten die Regierungen mit einem bemerkenswerten Schulterchluss: Sie haben sich gegenseitig versprochen, füreinander zu bürgen.

Die neue Realität der Europapolitik muss erkannt werden, um neue Maßnahmen abzuleiten. Dieser Ratgipfel war die unfreiwillige Stunde Null der 'Vereinigten Staaten von Europa'. Wir sollten aufkommende Nationalismen und Anti-Europa-reflexe überwinden und nun das vollenden, was für uns und Europa das Beste ist – die Integration europäischer Staaten in einen Staatenbund mit den richtigen Prioritäten:

1. | Konzentration der deutschen Außenpolitik auf die Weiterentwicklung der EU: Europa und die in Brüssel anstehenden Entscheidungsprozesse müssen oberste

Priorität auf der Agenda des Außenministers einnehmen.

2. | Mindestkoordination der Wirtschaftspolitiken der Staaten der Euro-Zone: Gegenläufige Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten unter derselben Währung erhöhen wirtschaftliches Ungleichgewicht und können zur Bedrohung der Währungsstabilität führen.

3. | Neudefinition des europäischen Solidaritätsbegriffs: Die Weiterführung der erfolgreichen Regionalpolitik und Hilfe bei Naturkatastrophen sind sinnvolle Solidaritätsinstrumente. Dennoch darf infolge unverantwortlichen Haushaltens niemand mit der Solidarität anderer rechnen. Staaten, die mangels Kreditwürdigkeit ihre Haushalte nicht ausgleichen können, müssen sich zuerst mit ihren Gläubigern einigen.

4. | Einführung unabhängiger Kontrollinstrumente: Der Stabilitätspakt in seiner bisherigen Form hat ausgedient. Kriterien für die höchstmögliche Verschuldung brauchen unabhängige Kontrollinstrumente. Dazu gehören auch wirksame Sanktionen gegen Staaten, die Stabilitätskriterien verletzen.

5. | Ermöglichen von EU-Anleihen, um den Euro als Anker- und Reservewährung international attraktiver zu machen: Dies soll kein Freibrief zur Verschuldung der

EU sein, sondern ein neues Instrument zur Aufstellung eines EU-Haushalts. EU-Anleihen werden auf den Finanzmärkten eine hohe Bonität und Attraktivität bei Anlegern genießen.

6. | Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank: Eine Notenbank, die unabhängig von politischen Einflüssen und Tagesgeschehnissen der Währungsstabilität verpflichtet ist, trägt zur Vertrauensbildung in eine Währung bei.

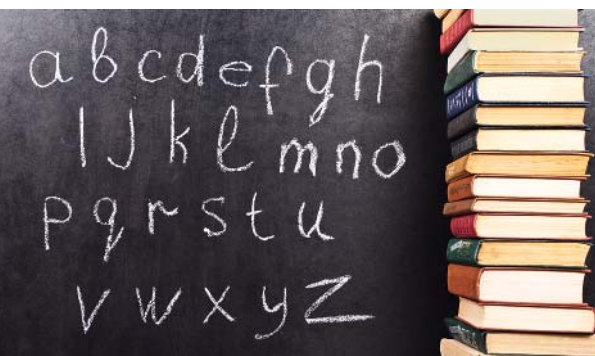
7. | Schaffung einer EU-Steuerhoheit: Die Vergemeinschaftung von Wirtschaftspolitik, Währung und Verschuldung erzwingt eine Debatte über die Finanzierung der EU. Wir werden über die EU-Zollhoheit hinaus um weitere fiskalische Elemente nicht herkommen.

Diese neue Prioritätensetzung erfordert ein völliges Umdenken in der Europapolitik. Sie muss mit der Abwendung von der in den letzten Jahren exzessartig betriebenen kleinteiligen Regulierung und Normierung auf EU-Ebene verknüpft werden. Ein Europa, das Mindestabstandsnormen für Leitersprossen erlässt, aber beim Euro-Stabilitätspakt wegsieht, setzt die falschen Prioritäten. Das zu ändern, ist das Gebot der Stunde. Die Situation ist da!

HOLGER KRAEMER || MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÂTIMENT ALTIERO SPINELLI 106158
60, RUE WIERTZ | BE-1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28 45344
FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAEMER@EUROPARL.EUROPA.EU

Marktwirtschaft lernen

Zur Darstellung wirtschaftlicher Zusammenhänge in unseren Schulbüchern



In Zeiten wie diesen hat jedermann zur Marktwirtschaft eine Meinung. Da aber die wenigsten Menschen über ein Studium der Volkswirtschaftslehre verfügen, müssen die meisten notgedrungen auf Zeitungslektüre und Schulwissen zurückgreifen. Das scheint nicht immer zu reichen: Die Reaktionen auf die Finanzkrise zeugen von einer weitgehenden Unkenntnis in wirtschaftlichen Fragen – auch bei den gebildeten Schichten. Im Auftrag des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung haben das HWWI Thüringen und die Universität Erfurt deshalb deutsche und schweizerische Schulbücher unter die wirtschaftswissenschaftliche Lupe genommen. Im Mittelpunkt standen Schulbücher der Fächer Geografie/Erdkunde, Geschichte, Politik/Sozialwissenschaft und Wirtschaft aus Deutschland und dem deutschsprachigen Teil der Schweiz.

Es zeigte sich, dass wirtschaftliche Themen in den schweizerischen Büchern insgesamt sachlicher und ausgewogener behandelt werden. Die größten Diskrepanzen fanden sich jedoch nicht zwischen den beiden Ländern, sondern zwischen den einzelnen Fächergruppen. In ökonomien-

hen Fächern wie Wirtschaftskunde oder Wirtschaft und Recht ist die Darstellung marktwirtschaftlicher Zusammenhänge überwiegend objektiv und gelungen. Eine marktkritische und zum Teil ideologische Färbung lässt sich dagegen in ökonomiefernen Fächern wie Erdkunde/Geografie oder Geschichte feststellen.

Ein besonders drastisches Beispiel findet sich in einer Passage in 'Terra Erdkunde 9/10 Niedersachsen', in der Wirtschaftswachstum mit der Entstehung von Arbeitslosigkeit gleichgesetzt wird. „Ständiges Wirtschaftswachstum und damit wachsender Wohlstand haben aber [...] in zunehmendem Maße auch Arbeitslosigkeit zur Folge“ (2007, Seite 58). Hier wüsste man gern, welchen akademischen Hintergrund der Schulbuchautor hat. Im Zusammenhang mit Entwicklungsländern fällt ihm folgerichtig ein,

von dem Gesamtbild nicht deutlich abzuweichen. Bemerkenswert ist jedoch, dass das Erdkundebuch 'Seydlitz, Geografie 6, Gymnasium Thüringen' das einzige untersuchte Buch ist, in dem wirtschaftliche Themen überhaupt nicht thematisiert werden.

Bei der Neukonzeption von Schulbüchern sollten die dargelegten Ergebnisse unbedingt berücksichtigt werden, um zu einer besseren Vermittlung wirtschaftlicher Themen zu kommen. Die Autoren sollten neben einer sachlichen und ausgewogenen Darstellung vor allem auf die Zurücknahme von Emotionalisierungen und auf die Korrektur offenkundiger Fehler achten. Die gerade in deutschen Wirtschaftskundebüchern oft vorhandenen Kapitel zu praktischen Fragen sollten Vorbildcharakter haben. Themen wie Geldanlage oder Versicherungswahl könnten

» Die Autoren sollten vor allem auf die Zurücknahme von Emotionalisierungen achten «

dass Wirtschaftswachstum unter Umständen kein erstrebenswertes Ziel sei. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Industrieländer und der durch sie ermöglichte Wohlstand werden als wenig nachahmenswert dargestellt, was unweigerlich die Frage nach Alternativen aufwirft. Hier aber werden die Schüler mit Antworten im Stich gelassen.

Unter den 51 untersuchten Büchern befanden sich auch 16 in Thüringen zugelassene Schulbücher. Auch wenn die Zahl der untersuchten Thüringer Bücher Schlussfolgerungen nur in begrenztem Umfang zulässt, scheint ihre Qualität

durchaus Eingang in den Unterricht finden. Auch über Daseinsberechtigung und Zuschnitt der einzelnen Fächer sowie der Schullaufbahn insgesamt muss diskutiert werden.

Der Dreiklang Wirtschaft, Politik und Recht sollte nach Ansicht des Autors in jeder Schulform unterrichtet werden. Thüringen gehört immerhin zu den Bundesländern, die Wirtschaftskundeunterricht anbieten: Das Fach Wirtschaft und Recht wird an Gymnasien ab der neunten Klasse gelehrt. An Regelschulen werden Kombinationsfächer wie Wirtschaft und Recht angeboten.

Justus Lenz

IMPRESSUM

HERAUSGEBER FDP Thüringen | Schillerstraße 62 | DE-99096 Erfurt | Telefon +49 361 3456482 | Fax +49 361 3455924 | pressestelle-thueringen@fdp.de
fdp-thueringen.de **REDAKTIONSLEITUNG** Jens Panse *jp* **REDAKTION** Patrick Kurth *pak* | Evelyn Zschächner *eve* | Matthias Purdel *pur* | Matthias Naggert
Marvin Just *mj* | Justus Lenz *jl* | Matthäus Schlummer *ms* | Klaus-Dieter Landgraf *kd* **BEITRÄGE** Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. **AUFLAGE** 2.500 Exemplare

ERSCHEINUNG 6-mal jährlich als Beilage des FDP-Mitgliedermagazins 'elde' | für FDP-Mitglieder ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises
GESTALTUNG + PRODUKTION RAUM II | Körnerstraße 56 | DE-04107 Leipzig | Telefon +49 341 30326760 | info@raum-zwei.com | raum-zwei.com

